

dann beim Rat der Stadt Halle eingesetzt und mußte ein Arbeitsgebiet übernehmen, wo sie völlig allein und ohne Anleitung tätig war. Dabei sind ihr Fehler unterlaufen. Während ihrer Tätigkeit half man der Genossin nicht durch eine kritische Beurteilung ihrer Arbeit, sondern kündigte sie am 16. Januar 1953 fristlos. Ihr Weg zur Kreisleitung Halle mit der Bitte um Rat und Hilfe war vergebens. Man verwies sie darauf, als Lagerarbeiterin in einer *DUZ* neu zu beginnen. Erst als Genosse Walter Ulbricht die Kreisleitung zu einer Überprüfung veranlaßte, sah die Parteileitung ihre falsche Handlungsweise ein und sorgte dafür, daß Genossin B. wiederum beim Rat der Stadt in einem anderen Sachgebiet eingestellt wurde.

Genosse Otto B., Burg, 56 Jahre alt und bereits Jahrzehnte in der Arbeiterbewegung organisiert, konnte auf Grund seines schlechten Gesundheitszustandes eine bestimmte Tätigkeit in der Schuhfabrik Burg nicht mehr ausüben. Sein Weg zum Parteisekretär und zu den verantwortlichen Gewerkschaftsfunktionären war erfolglos. Im Betrieb gab es angeblich für ihn keine andere Beschäftigung, der Genosse stand vor der Kündigung. In seiner Not und in seinem Vertrauen zum ZK schrieb er an den Genossen Ulbricht. Eine Rückfrage ergab auf einmal, daß es doch eine Beschäftigung für diesen Genossen als Schuhmacher im selben Betrieb gab.

Ähnlich erging es dem Genossen K., Staßfurt. Genosse K. war in verantwortlicher Funktion im Kaliwerk beschäftigt, konnte diese Tätigkeit jedoch aus gesundheitlichen Gründen nicht weiter ausüben. Ein neuer Einsatz sollte mit Hilfe des Kreissekretariats erfolgen. In einem Beschwerdebrief an das ZK schildert der Genosse, daß er viele Wochen ohne Arbeit war. Aus einem vom ZK angeforderten Überprüfungsbericht der Bezirksleitung Magdeburg geht hervor, daß das Kreissekretariat wegen des Einsatzes des Genossen sechs Beschlüsse (!!) gefaßt hatte, ohne sich jedoch gründlich mit dem Genossen zu beschäftigen. Erst durch das Eingreifen des ZK war es möglich, daß Genosse K. Mitte April eine neue verantwortliche Arbeit aufnehmen konnte.

Aus den Briefen an Genossen Ulbricht geht hervor, daß mit der Verhängung einer Parteistrafe in den meisten Fällen eine Kündigung verbunden ist. So wurde Genosse Paul H., Kreis Bischofswerda, stellvertretender Politleiter einer MTS, nach einer Rüge beurlaubt und war acht Wochen ohne Arbeit. Finanzielle Unterstützung erhielt er in dieser Zeit nicht und kam dadurch mit seiner Familie in große Not. Es bedurfte erst mehrerer Schreiben an die Bezirksleitung Dresden, bis dem Genossen endlich eine seinen Fähigkeiten entsprechende Arbeit nachgewiesen wurde.

In der Entschließung des 15. Plenums des ZK heißt es u. a.: „Die in der Vergangenheit vorgekommenen Überspitzungen der Zurücksetzung und Nichtverwendung von Funktionären wegen Westverwandtschaft und Westgefängenschaft sind rückgängig zu machen, ohne dabei die Erfordernisse der revolutionären Wachsamkeit aus dem Auge zu verlieren.“

Abgesehen davon, daß ein striktes Festhalten an kaderpolitischen Maßnahmen aus der Sorge der Partei gegen das Eindringen von Agenten notwendig schien und die Lockerung dieser seinerzeit wohlwogener Maßnahmen jetzt im Zusammenhang mit der Entwicklung der politischen Lage möglich ist, wirkte sich diese Bestimmung sehr oft aber so aus, daß die davon betroffenen Genossen

einfach „abgeschrieben“ wurden, daß manch einer wie ein armer Sünder von Pontius zu Pilatus laufen mußte und von einigen Parteiorganen wie ein Aussätziger ängstlich gemieden wurde. Wertvolle Kräfte wurden auf diese Weise zeitweilig lahmgelegt, begannen, an ihrer eigenen Kraft zu zweifeln oder begannen, mit der Partei zu hadern. Die 15. Tagung des ZK hat auch hierzu klar und entschieden Stellung genommen. Die Sekretariate der Bezirksleitungen sollten alle Fälle von Überspitzungen, besonders aber des „Vergessens“ wertvoller Kader, schnellstens bereinigen.

Man kann doch wirklich nicht von einer Sorge um den Menschen reden, wenn mit Genossen wie folgt verfahren wird:

Genosse Gerhard T., Plauen, beschäftigt gewesen in der WB Deko Plauen, wurde dort wegen seiner westlichen Gefängenschaft entlassen, ohne ihm bei der Neuaufnahme einer Beschäftigung behilflich zu sein. Dieser Genosse war im Verlauf des Jahres 1952 als Instrukteur beim Ministerium für Leichtindustrie zur Organisation des sozialistischen Wettbewerbs innerhalb der Textilindustrie eingesetzt und erhielt für seine gute Arbeit durch den Minister ein Anerkennungsschreiben, verbunden mit einer Geldprämie.

Genosse Heinz E., Plauen, schildert in einem Brief an Genossen Ulbricht, daß er seit seiner Rückkehr aus westlicher Gefängenschaft im Dezember 1946 aktiv mitgearbeitet hat und im Verlauf der Jahre 1952 und 1953 laufend von der Kreisleitung für verantwortliche Funktionen vorgeschlagen wurde, wie Lehrer an der Betriebspartei-schule, Mitarbeiter der Redaktion „Freie Presse“, Sekretär bei der Reichsbahn und andere, daß er jedoch stets wegen der Westgefängenschaft abgelehnt wurde.

Genosse Ulbricht sagte in seinem Referat auf dem 15. Plenum:

„Manche Parteisekretäre und Staatsfunktionäre berücksichtigen nicht, daß durch administrative Maßnahmen viele Menschen, die ehrliche Genossen und treue Anhänger der Deutschen Demokratischen Republik sind, verärgert werden. Durch formalbürokratische Maßnahmen wird auch das Ansehen der Partei untergraben. Von Arbeitern, von Werktätigen wird der Partei vorgeworfen, daß sie sich nicht genügend um die Menschen sorgt...“

Wenn wir den neuen Kurs mit seinen Auswirkungen auf alle Zweige der Parteiarbeit wirklich ernsthaft durchführen wollen, wenn uns in Fleisch und Blut übergeht, daß alle unsere Arbeit schließlich nicht Selbstzweck ist, sondern der ständigen politischen, moralischen, wirtschaftlichen und kulturellen Festigung unserer Arbeitermacht und dem sich immer mehr steigendem Wohlstand unseres Volkes dient, wenn der Grundsatz unserer Arbeit, uns ständig um die Menschen zu sorgen, sie vor Schaden zu bewahren und ihre Fähigkeiten breit zu entwickeln, eingehalten wird, dann werden Beschwerden über herzloses und bürokratisches Verhalten immer seltener werden.

Den Parteifunktionär muß Feinfühligkeit, Exaktheit, Menschenkenntnis und tiefes menschliches Verständnis auf der Grundlage strenger Parteilichkeit und proletarischer Klassenwachsamkeit auszeichnen. Diese hohen Eigenschaften erringt er dann, wenn er unermüdlich unter den Massen arbeitet, sich niemals von ihnen löst, wenn die politische Massenarbeit Hauptinhalt seiner so verantwortlichen Tätigkeit ist.